

alle Kundgebungen der panlawistischen Schreier in Petersburg als hochwichtige politische Ereignisse. Man könnte ihm dies vergnügen lassen, wenn nicht in dieser Art der Verächtlichkeit die Tendenz ersichtlich wäre, die Gefahren, die Deutschland von russischer Seite drohen, ungeheuer aufzubauschen.

Das Bekannte von Marx ausgegangene Schlagwort: Proletarier aller Länder vereinigt euch! hat in neuerer Zeit in Russland eine ganz charakteristische Erweiterung erfahren. Die Proletarier und Anhänger des Umsturzes auf anarchistischer Grundlage suchen jetzt alle Kräfte, die ihnen zur Verwirklichung ihrer utopischen Ziele brauchbar erscheinen, heranzuziehen.

Zum Schluß der Aufschrift, für deren Richtigkeit sich der Gehilfe der Kreuzzeitung verbürgt, wird allen Ernstes versichert, die revolutionären Organisationen in Russland warteten nur auf eine kriegerische Niederlage, um eine „sozialdemokratische Republik“ einzuführen — ausgerechnet mit den liberalen Führern Jessen, Miljukow oder Rabofow an der Spitze!

Die russischen Patrioten und die Polizeiknete.

Petersburg, 2. April. Die Duma verhandelte heute über eine dringende Interpellation an den Minister des Innern wegen des Verhaltens der Petersburger Polizei, die mit Gewalt gegen die Teilnehmer an einer stammesfreundlichen Demonstration vorgegangen war. Der Nationalist Samenko hob die Dringlichkeit der Interpellation hervor, indem er betonte, daß die russische Gesellschaft seit langer Zeit keine solche freundliche Begeisterung gesehen hätte.

Nachdem noch mehrere Abgeordnete gesprochen hatten, ergriff der Radikal Robitschew das Wort. Seine Ausführungen liefen eine solche Anrede auf der Reden und bei den Nationalisten hervor, daß die Sitzung unter allgemeinem Tumult auf fünf Sitzungen ausgeschlossen.

Deutsches Reich.

Nach den Ferien.

Der Reichstag ist heute aus den Osterferien zu neuer Tätigkeit zusammengetreten. Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß das ganze Interesse sich auf die Wehrvorlage konzentriert, deren Behandlung ja auch den wichtigsten Teil der bevorstehenden Arbeiten bilden wird. Die Unterhaltung in den Wandelgängen und in dem Plenum war denn auch fast ausschließlich diesem Gegenstand gewidmet, und nicht zum geringsten der Disposition, die über die nächsten Debatten getroffen werden soll.

Der eigentliche Gegenstand der Tagesordnung weckte dementsprechend nicht sehr viel Teilnahme im Hause und die Erörterung des freizinnigen Initiativantrages auf Einschränkung der Fideikomisse ging vor sich, ohne viele Zuhörer an die Tribüne zu fesseln. Herr Gothein begründete den Antrag seiner Fraktion mit einer energischen Stellungnahme gegen das Ueberhandnehmen der Familienfideikomisse. Er gab eine gründliche Untersuchung der gegenwärtigen Verhältnisse, die geradezu für eine gesunde Vertheilung gefährlich drohen ist, und er schloß daran den Nachweis der verhängnisvollen Entwicklung, die in den letzten Jahren auf diesem Gebiet zu verzeichnen war.

besseres beleuchtet. Genosse Hierl setzte diesem System das sozialdemokratische Programm entgegen, das eine grundlegende Umgestaltung der gesamten Grund- und Bodenverteilung fordert, und er hob ausdrücklich hervor, daß wir zwar für den fortschrittlichen Antrag stimmen würden, aber in unseren Anschauungen und Forderungen weit darüber hinaus gehen.

Der nationalliberale Redner, Herr Dr. Thoma, und der Fortschrittler Dove brachten gleichfalls Material gegen die Einrichtung der Fideikomisse vor, während der Redner des Zentrums, Herr Dr. Spahn, sich mit den Ausreden von einer angeblichen Unzuständigkeit des Reichstags aus der Verlegenheit retten wollte. Das sagte nicht einmal der Reichsparteier Dietrich, der die peinliche Aufgabe hatte, die konservative Verteidigungsrede zu halten.

Der Seniorenkonvent des Reichstags

machte sich am Mittwoch schlüssig, daß die Pfingstferien spätestens am 3. Mai beginnen sollen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie wegen der preussischen Landtagswahlen schon mit dem 30. April einsetzen müssen. Bis dahin sollen die bisher alle 14 Tage gewährten freien Tage wegfallen. Es wurde gewünscht, daß bis Pfingsten der Etat fertig werde, und zwar soll, nachdem die Wehr- und Dedungsvorlagen im Plenum beraten sind, sofort mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes und dann mit der Beratung des Heeresetats begonnen werden. Am nächsten Freitag soll keine Plenarsitzung stattfinden, damit die Budgetkommission die Beratung des Etats fördern kann und außerdem die Fraktionen freie Zeit erhalten zur Beratung der Wehr- und Dedungsvorlagen. Am Sonnabend findet eine Plenarsitzung statt, in der die Veteranenbeihilfe zur Sprache kommen soll. In der Budgetkommission soll der Militäretat so gefördert werden, daß baldigst die Beratung im Plenum vor sich gehen kann. Am Montag soll jedoch im Plenum des Reichstags mit der Beratung der neuen Militärvorlage begonnen werden, und zwar wird eine Trennung der Militär- von der Dedungsvorlage geplant. Bei jedem Teile wird eine Generaldebatte stattfinden. Dann wurde noch darüber beraten, welche Kommission mit der Spezialberatung der Wehr- und der Dedungsvorlagen betraut werden soll. Im Seniorenkonvent überwoog die Meinung, daß die Wehrevorlage zunächst der Budgetkommission zugewiesen, dann aber nach der Wehr- auch die Dedungsvorlage von der Budgetkommission beraten werden müsse, weil die Finanzfragen ja eng mit der Wehrevorlage verknüpft seien und außerdem die Frage der Militärbeiträge unbedingt von der Budgetkommission zu beraten sei. Die Wehrevorlagen werden als Nachtragsetat zum Militäretat vor das Plenum gebracht.

Die Bauern und die Militärlasten.

Während die großen führenden Zentrumsblätter, wie die Germania, den Nützungsrundel kräftig mitmachen, und die Gerlingische Bayerische Staatszeitung mit Bezug auf die Opposition gegen die Militärvorlage von Krämmer- und Philistergeist gesprochen hat, herrscht bekanntlich in weiten Kreisen des bayerischen Zentrums ein großer Nihilismus über die gewaltigen Lasten, die dem deutschen Volke auferlegt werden sollen. Jetzt hat der bekannte Zentrumsführer Dr. Heim, der in einem scharfen Gegensatz zu Herrn von Hertling steht, unter dem Titel „Um der Gerechtigkeit willen“ eine Schrift veröffentlicht, in der er auf Grund einer mit Hilfe der Odbmannschaften der bayerischen Bauernvereine aufgenommenen Enquete die schwere Belastung der bauerlichen Bevölkerung durch den Militarismus schildert. Dr. Heim hat 1843 Familien ermittelt, die mehr als 4 Söhne für den Heeresdienst stellen. Im Durchschnitt wurden einem Soldaten während der zweijährigen Dienstzeit rund 330 M. an Geld und Naturalien von zu Hause überandt. Dazu kommt noch, daß für einen Sohn, der zum Militär eingezogen wurde, in der meisten Fällen ein Anecht in die Wirtschaft eingestellt werden mußte, ein Umstand, der die Kosten für die Familie um das Doppelte oder dreifache erhöhte. Es lägen, so berichtet Dr. Heim in seiner Schrift, Schilderungen vor, aus denen genau zu ersehen sei, wie mit Soldaten reichgelegnete Familien wirtschaftlich mit jedem Sohne zurückgingen. Dr. Heim schreibt schließlich folgendes:

Es ist die höchste Zeit, daß auf die Belastung der Familien durch die Dienstpflicht im weitestgehenden Umfang Rücksicht genommen wird. Gelegenheit hierzu bietet sich in Höhe und Fülle. Vor allem müssen steuerliche Rücksichten genommen werden, soweit es sich um direkte Staatssteuern handelt. Die Reichsbermögensabgabe bietet die erste Gelegenheit. Besonders aber muß beim Militär selbst Rücksicht genommen werden. Es ist ein durchaus billiges Verlangen, wenn Söhne von Eltern, deren Einkommen nachweisbar eine gewisse Höchstgrenze nicht übersteigt, und die bereits mehrere Söhne zum Militär gestellt haben, wenigstens eine erhöhte Absetzung beziehen. So wären den Eltern wenigstens jene Bargeldzuschüsse erspart, die sie ihren Söhnen in die Kasernen schicken müssen. Je größer die Zahl der Söhne aus einer Familie ist, die ihrer aktiven Militärlast genügen, um so höher muß der Absetzungsbeitrag sein. Für Eltern, die außerdem noch in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen sind, muß entweder die Freigabe des Sohnes erleichtert werden, oder es müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Familien, die durch Entzug eines Sohnes wirtschaftlich gefährdet werden, vor dem Untergang zu bewahren.

Die Schrift des Herrn Dr. Heim zeigt recht deutlich, wie schlecht die Interessen der bauerlichen Bevölkerung vom Zentrum vertreten werden. Selbst wenn den Bauern bei der einmaligen Vermögensabgabe oder bei irgend einer anderen Steuer einzige Erleichterungen verschafft werden, viel würde ihnen dadurch nicht geholfen. Wirkliche durchgreifende Hilfe kann ihnen nur werden, wenn der an unserer Volkskraft zehrende Militarismus zurückgebrängt wird.

Aber die Sozialdemokratie geht dem Militarismus ernsthaft zuliebe, während das Zentrum sich ihm mit Haut und Haaren verschrieben hat. Die Sozialdemokratie ist eben die einzige Partei, die die Interessen der arbeitenden Massen in Stadt und Land energisch vertritt.

Die Furcht vor freier Rede.

Der preussische Dreiklassenlandtag will über den großen Kämpfen des Tages nicht vergessen sein. Kurz vor seinem Einschleppen will er sich der Welt noch einmal in seiner ganzen Glorie zeigen. Und so hat er sich am letzten Mittwoch wieder einmal in jener Kunst produziert, in der seine eigentliche Stärke liegt: in einer bedenkenlosen Niedertrampelpolitik der Minderheit, einer brutalen Mißachtung nicht bloß der ungeschriebenen Regeln parlamentarischen Anstands, sondern auch der geschriebenen der selbst gegebenen Geschäftsordnung. Es hatte dem hohen Hause schon am Dienstagabend beliebt zu beschließen, beim Etat eine allgemeine Besprechung beim Kapitel Ministergehalt nicht zuzulassen. Ein derartiges Verbot, zu einem Etatstitel die dazu gehörigen Ausführungen zu machen, ist eine beispiellose Verletzung in der Geschichte des Parlamentarismus und selbstverständlich auch ein eklatanter Bruch der Geschäftsordnung, die den Gang der Beratung regelt, um die ordnungsgemäße Beratung zu ermöglichen, nicht aber sie zu unterdrücken. Mit genau demselben Recht, mit dem der Minderheit diesmal unterzogen worden ist, beim Titel Ministergehalt die Gesamttätigkeit des Ministers zu kritisieren, könnte man die Besprechung jedes anderen Gegenstandes verbieten und das Parlament zu einem Kloster schweigen der Mönche verwandeln.

Das geradezu ungläubliche Verhalten des Präidenten Grafen Schwerin-Löwig hat dabei deutlich gezeigt, daß der Fehler nicht an Personen, sondern im System liegt. Graf Schwerin, der sein Amt mit dem guten Vorhange angetreten hatte, ein unparteilicher Präsident zu sein, ist völlig zum Hütel der Mehrheit geworden, und die Art, wie er den geschäftsordnungswidrigen Mehrheitsbeschluß gegen den Willen des Ad. Hofmann zur Ausführung brachte, erinnert an die schlimmsten Zeiten der Kröcher und der Eska. Auch ihn ließ das Bewußtsein der rechtlichen Unhaltbarkeit seines Standpunktes vollständig den Kopf verlieren, so daß er einen Vot nach dem anderen schob und wohl nicht ohne stille und grümmige Beschämung die Belehrungen des Genossen Hofmann über die Geschäftsordnung annehmen mußte.

Schließlich erlangt natürlich die Mehrheit den üblichen Sieg und die brutale Zahl triumphierte über Vernunft und Geschäftsordnung. Es ist merkwürdig, daß nirgends von dem Gewaltrecht der größeren Zahl ein skrupelloser Gebrauch gemacht wird, als in diesem Hause, dessen Mehrheit sich auf keinerlei Rechtstitel berufen kann. Diese Erlebnisse des Dreiklassenlandtags treibt die eingeborene Scheu vor freier Auseinandersetzung zu immer neuen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Minderheit. Und so steht der Stand als wie am Eingang zu auch am Ausgang ihrer gegenseitigen Wirksamkeit.

Die Mehrheit eines wirklichen vom Volke freigelegten Parlaments würde sich solche Sprünge nicht erlauben dürfen, am allerwenigsten am Vorabend der Neuwahlen. Ein Sturm des Unwillens müßte sie hinweglegen. Der Junker tut, was ihm beliebt, er wird ja nicht von den Wählern kontrolliert, sondern umgekehrt — er kontrolliert sie bei der öffentlichen Abstimmung. Das Dreiklassenparlament berichtet mit dem Wahlrecht der Staatsbürger auch die Minderheit der Minderheit: die Willkür der Scheinwahlen setzt sich um in Willkür der Parlamentsmehrheit wie in Willkür der Verwaltung. Es ist die Negation jeglichen Rechts.

Offiziöse Dämpfung der patriotischen Presse.

Die hurrapatrische Presse kann nicht schnell genug jeden Fortschritt auf dem Gebiete der Rüstungen zu Wasser und zu Lande in den höchsten Freudentönen bei ihren Lesern anbringen. Spiegelte sich doch auch darin die „Wehrkraft des deutschen Vaterlandes“ wider. Mitteilungen dieser Presse über militärische Vorgänge der letzten Zeit scheinen nun aber in den oberen Regionen arg verknüpft zu haben, und so wendet sich die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung in längeren Ausführungen gegen diese Predigten.

Das Ranzlerblatt beginnt mit einem Lob der englischen Fliegeroffiziere und der englischen Presse, die über die gewaltigen Fortschritte, die das englische Flugwesen gemacht habe, schweigen konnten, bis am 19. März d. J. der englische Kriegsminister das Ausland mit der Mitteilung überflachte, England besitze die besten Aeroplane der Welt und verfüge bereits über eine Flotte von 101 Militärapparaten, deren Typ weit vollkommener sei, als der irgend einer andern Macht. Dann heißt es in der Nordd. Allg. Zit. weiter:

Solche politische Disziplin im nationalen Interesse läßt leider ein großer Teil der deutschen Presse nach vernünftigen. In dem sie noch vielfach den Wunsch, das Sensationsbedürfnis ihrer Leserschaft zu befriedigen, höher stellt als die im nationalen Interesse gebotene Zurückhaltung, bemüht sie sich um möglichst genaue und ausführliche Mitteilungen über alle Vorgänge, die mit der deutschen Luftschiffahrt in Verbindung stehen. Und auch über solche, die ein rein militärisches Interesse haben und aus Rücksicht der Landesverteidigung unbedingt geheimgehalten werden müßten. — Das gleiche gilt auch hinsichtlich anderer militärischer Neuerungen und Zuzug der Heeresorganisation.

Es wird schließlich an die Presse ohne Unterchied der Partei die Bitte gerichtet, künftig weder Nachrichten über Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres, noch über Leistungen solcher Spezialtruppen zu veröffentlichen, von denen man annimmt, daß sie denen anderer Armeen überlegen sind.

Die Presse, die von der Sensationslust ihrer Leser existiert und die vornehmlich in Patriotismus macht, wird sich um den Appell nicht sonderlich kümmern.

Die einheitlichen Reichstagswahlen.

Dem Reichstage ist der bereits früher angekündigte Entwurf einer Bekanntmachung über die Aenderung des Wahlrechtens vom 28. Mai 1870, wie er dem Bundesrat beschlossen worden ist, zur Beschlussfassung zugestellt worden. Er soll den vom Reichstag wiederholt in Resolutionen ausgeprochenen Wünschen nach größerer Sicherheit des Wahlergebnisses bei den Reichstagswahlen durch Einführung einheitlicher Wahlurnen von bestimmter Beschaffenheit entsprechen. Von den vielen Wünschen von Wahlfähigen, die dem Reichstag des Innern zugegangen sind, ist ein Urenthp gewählt worden, der durch seine Höhe und Größe die Garantie bietet, daß ein widerrechtliches und regelmäßiges Schichten der Stimmzettel verhindert wird. Die Wahlurne besteht nach dem neuen § 11 des zu ändernden Wahlrechts hinfort aus einem viereckigen Kasten von mindestens 90 Zentimeter Höhe, der im Lichten mindestens 35 Zentimeter weit ist und im Deckel zum Einwerfen der Stimmzettelschneide einen höchstens 2 Zentimeter breiten